

Editorial



Lateinamerika ist wieder stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten. Dieser einerseits erfreuliche Sachverhalt ist aber andererseits vor allem der Tatsache geschuldet, dass populistische Regime, allen voran Hugo Chávez in Venezuela, durch autoritäre und totalitäre Bestrebungen von sich reden machen.

Dieser Trend, der auch in Bolivien, Ekuador und Nikaragua, aber auch ansatzweise in Argentinien zu erkennen ist, hat Ursachen und Folgen.

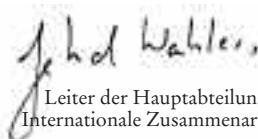
Die Ursachen liegen auf der Hand: Die Demokratieeuphorie der neunziger Jahre ist der ernüchternden Erkenntnis gewichen, dass Demokratie per se keine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen mit sich bringt, da die demokratischen Regierungen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, es nicht geschafft haben, die gravierenden sozialen und politischen Defizite nachhaltig zu beheben: Armut, ungerechte Einkommensverteilung, mangelnde politische Partizipation, Schwäche der Institutionen.

Diese Defizite sind vor allem Politikern und Parteien anzukreiden, die nach der Überwindung der Militärdiktaturen die berechtigten Erwartungen ihrer Bevölkerungen zum Teil bitter enttäuscht haben. Dass diese Bevölkerungen dann die nicht erfüllten Erwartungen auf die neuen populistischen Heilsbringer übertragen haben, die – bedingt durch eine dynamische Weltkonjunktur mit hohen Energie- und Agrarpreisen – über erhebliche Mittel verfügen, um diese Erwartungen zu nähren und punktuell zu erfüllen, kann als Reaktion nicht überraschen.

Wenn diese angeblich effizienteren Sozialpolitiken letztlich nur dem Machterhalt dieser Regierungen dienen und keine nachhaltige Armutsminderung erzielen, wird die nachfolgende Enttäuschung lediglich die Perspektivlosigkeit breiter Bevölkerungsschichten im Kontinent verstärken.

Die Gefährdung der Demokratie durch die autoritären Bestrebungen der populistischen Machthaber kann also nur aufgehalten werden, wenn es gelingt, die tatsächlichen Ursachen dieses Phänomens zu bekämpfen. Dazu zählen wirksame Strategien, Programme und Projekte zur Armutsminderung und gerechteren Einkommensverteilung, die Stärkung der Institutionen der Demokratie (Parteien, Parlamente, Justiz), die Verbesserung der Teilhabe marginalisierter Bevölkerungsschichten am wirtschaftlichen und politischen Geschehen sowie die nachhaltige Sensibilisierung der Eliten, damit diese ihre soziale Verantwortung in den jeweiligen Ländern auch tatsächlich wahrnehmen.

Diese Anstrengungen müssen die Länder von innen heraus bewältigen. Dabei muss sich aber auch die internationale Gemeinschaft, vor allem die EU und die USA, darüber im Klaren sein, dass gemeinsame Anstrengungen notwendig sind, wenn diese Bemühungen Erfolg haben sollen. Die demokratischen Regierungen in Lateinamerika sollten von daher mit Nachdruck und deutlichem gemeinsamen Engagement in ihren Bemühungen unterstützt werden, diese Ursachen des Populismus zu bekämpfen.



Leiter der Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit